

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Susanna Karawanskij, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 18/2534 –**

Folgen der gesetzlichen Tarifeinheit

Vorbemerkung der Fragesteller

Das Bundeskabinett hat den Beschluss zur Tarifeinheit Anfang Juli 2014 von der Tagesordnung gestrichen und mit dem Hinweis verschoben, dass über das Gesetz noch intensiver beraten werden muss. Eine zentrale, aber noch unge löste Frage ist, wie die Tarifeinheit gesetzlich geregelt werden soll, ohne dabei das grundgesetzlich geschützte Streikrecht einzuschränken.

Laut „STUTTGARTER ZEITUNG“ vom 2. September 2014 plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine „abgeschwächte“ Regelung, bei der lediglich die Vorgabe gemacht wird, dass in einem Betrieb nur der Tarifvertrag der Mehrheitsgewerkschaft gelten soll, ohne jedoch die Friedenspflicht dieses Tarifvertrages auf die Minderheitengewerkschaft zu erstrecken. Damit wird keine Aussage zum Streikrecht der Minderheitengewerkschaft getroffen, vielmehr soll die Frage von den Gerichten entschieden werden. Der Plan des Bundesarbeitsministeriums soll am 2. September 2014 auf der Klausur der Bundesregierung mit den Sozialpartnern auf Schloss Meseberg am Rande beraten werden (vgl. STUTTGARTER ZEITUNG: „Berlin will Gesetz abschwächen“, 2. September 2014). Es stellt sich die Frage, ob es sich bei den Planungen des Bundesarbeitsministeriums nicht doch zumindest um eine faktische Einschränkung des Streikrechts handelt, da das Ergebnis von Arbeitskämpfen der Minderheitengewerkschaften, also der Tarifvertrag, keine Anwendung finden soll.

Die Arbeitgeber sehen laut des oben genannten Berichts ohne eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit die Gefahr, dass die derzeitige Entwicklung negative Auswirkungen auf das System der Flächentarifverträge haben könnte. Daher soll die Macht kleiner Gewerkschaften begrenzt und somit verhindert werden, dass Betriebe allzu häufig bestreikt würden (vgl. STUTTGARTER ZEITUNG vom 2. September 2014). Angesichts dieser Argumentation stellt sich die Frage, wie groß das Ausmaß der Tarifpluralität in Deutschland überhaupt ist und welche negativen Auswirkungen auf das System des Flächentarifvertrags davon ausgehen. Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob tatsächlich von einer problematischen Entwicklung hinsichtlich der Streikhäufigkeit in Deutschland ausgegangen werden kann.

1. Wie viele Ausfalltage aufgrund von Arbeitsk Kampfmaßnahmen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland jährlich seit dem Jahr 1991 (bitte jährlich darstellen und nach Branchen differenzieren)?

Die im Rahmen der Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit ermittelte Zahl der ausgefallenen Arbeitstage aufgrund von Streiks oder Aussperrungen pro Jahr seit 1991 kann den nachfolgenden Tabellen entnommen werden. Daten, die eine Differenzierung der Ausfalltage aufgrund von Streiks nach dem Wirtschaftszweig des betroffenen Betriebes ermöglichen, liegen jedoch erst seit dem Berichtsjahr 1998 vor. Zudem hat sich seit dieser Zeit die Systematik der Wirtschaftszweige zweimal geändert (im Jahr 2003 und im Jahr 2008).

Hinzuweisen ist darauf, dass die Statistik der Bundesagentur für Arbeit über Streiks und Aussperrungen auf den nach § 320 Absatz 5 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) abzugebenden Meldungen der Arbeitgeber basiert und eine Bagatellgrenze gilt, so dass lediglich Streiks und Aussperrungen statistisch ausgewiesen werden, an denen im betroffenen Betrieb mindestens zehn Arbeitnehmer beteiligt (betroffen) waren und die mindestens einen Tag dauerten oder durch die ein Verlust von mehr als 100 Arbeitstagen entstanden ist.

Die nach § 320 Absatz 5 SGB III abzugebenden Anzeigen sollen den Agenturen für Arbeit ermöglichen, die Neutralität der Arbeitsvermittlung nach § 36 Absatz 3 SGB III einzuhalten. Insoweit sind die Anzeigen Hilfsmittel für die Arbeitsvermittlung vor allem bei länger andauernden oder längerfristig angekündigten Streiks oder Aussperrungen. Dies führt dazu, dass vor allem bei kürzeren Arbeitsk Kampfmaßnahmen (auch jenseits der beschriebenen Bagatellgrenze) häufig keine Anzeigen durch die Arbeitgeber erfolgen und auch keine nachträgliche Meldung eingefordert wird. Insofern sind – wie verschiedene Beiträge in der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren aufgezeigt haben – die in der Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Zahlen über betroffene Personen, Betriebe und ausgefallene Arbeitstage untererfasst.

Tabelle 1

**Verlorene Arbeitstage (= Ausfalltage) aufgrund von Arbeitsk Kampfmaßnahmen
(= Streik + Aussperrung)**

1991 bis 1997

Deutschland

Zeitreihe

Berichtsjahre	Insgesamt 1	davon	
		Streik 2	Aussperrung 3
1991 ¹⁾	153.589	153.589	
1992 ¹⁾	1.545.320	1.545.320	
1993	593.045	592.995	50
1994	229.436	229.436	
1995	247.460	247.460	
1996	98.443	98.135	308
1997	52.896	52.896	

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

¹⁾ Nur Bundesgebiet West (mit Westberlin).

Tabelle 2

Verlorene Arbeitstage (= Ausfalltage) aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen (Streik) nach Wirtschaftsabteilungen der Wirtschaftsklassifikationen WZ 93 1998 bis 2002

Deutschland

Zeitreihe

Wirtschaftsabteilungen der WZ 93	1998	1999	2000	2001	2002
	1	2	3	4	5
Insgesamt	16.102	78.785	10.776	26.833	310.149
dar./dav. Streiks					
Insgesamt	13.869	78.785	10.776	26.833	310.149
15-16 Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	1.275				
20 Holzgewerbe	1.919				328
21-22 Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	894	943	4.138		7.712
24 Chemische Industrie					249
25 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		100	68		217
26 Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden			240		586
27-28 Metallerzeugung und -bearbeitung	4.861	5.268		137	11.580
29 Maschinenbau		8.590		1.493	54.325
30-33 Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen		4.434		124	16.863
34-35 Fahrzeugbau		43.267	287	18.576	147.277
36-37 Herstellung von Möbeln, Recycling	1.171	686	150	738	1.625
40-41 Energie- u. Wasserversorgung	135		187		75
45 Baugewerbe					53.976
52 Handel	1.452	4.339	2.058	950	6.331
60-64 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.900	1.077	591	4.815	3.714
65-67 Kredit- und Versicherungsgewerbe		9.801			3.095
70-74 Grundstücks- und Wohnungswesen	172				1.428
75 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	56	69			224
80 Erziehung und Unterricht		47	141		474
85 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	34	164			70
90-93 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (öffentlich + persönlich)			2.916		

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 3

Verlorene Arbeitstage (= Ausfalltage) aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen (Streik) nach Wirtschaftsabteilungen der Wirtschaftsklassifikationen WZ 2003 2003 bis 2007

Deutschland

Zeitreihe

Wirtschaftsabteilungen der WZ 2003	2003	2004	2005	2006	2007
	1	2	3	4	5
Insgesamt	163.879	50.673	18.633	428.739	286.368
dar./dav. Streiks					
Insgesamt	163.281	50.673	18.633	428.739	286.368
15-16 Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung			100		
20 Holzgewerbe (o. Herstellung von Möbeln)			70		
21-22 Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	1.995	4.081	12.657		2.951
25 Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren			480	383	
27-28 Metallerzeugung und -bearbeitung	21.699	842		995	1.239
29 Maschinenbau	1.519	7.869		26.282	5.176
30-33 Herstellung von Elektrotechnik	5.311	562		1.728	895
34-35 Fahrzeugbau	128.729	34.961		47.563	25.793
40-41 Energie- u. Wasserversorgung		155	32	55	
45 Baugewerbe					8.159
50 Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen				529	
51 Handelsvermittlung, Großhandel (ohne Kfz-Handel)					70
52 Handel	1.585	335	2.140		32.434
55 Gastgewerbe				1.084	
60-64 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	92	1.173	217	1.130	209.227
65 Kreditgewerbe				169	
70-74 Grundstücks- und Wohnungswesen	458	100	33	1.270	313
75 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	36	58	1.585	139.508	100
80 Erziehung und Unterricht	20		564	15.280	11
85 Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen		514	684	151.843	
90-93 Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (öffentlich + persönlich)	1.837	29	71	40.920	
94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)					

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 4

Verlorene Arbeitstage (= Ausfalltage) aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen (Streik) nach Wirtschaftsabteilungen der Wirtschaftsklassifikationen WZ 2008 bis 2013

 Deutschland
 Zeitreihe

Wirtschaftsabteilungen der WZ 2008	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	1	2	3	4	5	6
Insgesamt	131.679	66.927	25.917	69.896	86.051	149.584
dar./dav. Streiks						
Insgesamt	131.679	63.708	24.501	69.896	86.051	149.584
02 Forstwirtschaft und Holzeinschlag						12
10 Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	572				420	
11 Getränkeherstellung			78			1.789
17 Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus	511		240			
18 Herstellung von Druckerzeugnissen; Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	584	647	1.255	5.550		40
21 Herst. von pharmazeutischen Erzeugnissen		86				
22 Herst. von Gummi- und Kunststoffwaren		121				
24 Metallerzeugung und -bearbeitung	15.169				97	6.769
25 Herstellung von Metallerzeugnissen	10.176				270	1.484
26 Herstellung v. Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen u. optischen Erzeugnissen	602					2.241
27 Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	1.764				174	4.163
28 Maschinenbau	3.781		3.190		673	9.857
29 Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	20.090				3.160	25.488
30 Sonstiger Fahrzeugbau	4.013					13.260
33 Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	896					
35 Energieversorgung	1.447	139	1.259		80	
36 Wasserversorgung	1.079		37		13	
37 Abwasserentsorgung					137	
38 Sammlung, Behandlung und Beseitigung von Abfällen; Rückgewinnung	3.507		1.819	376	139	23
42 Tiefbau				159		
45 Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	120					125
46 Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)		15		745		703
47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	16.398	3.662	320	2.169	25.811	55.830
49 Landverkehr und Transport in Rohrfernleitungen	10.983	269	3.701	1.456	230	944
50 Schifffahrt	142					
51 Luftfahrt	8.656					1.029
52 Lagerei sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen für den Verkehr		97			1.424	806
53 Post-, Kurier- und Expressdienste	16.504					7.672
56 Gastronomie				43		
58 Verlagswesen	128			2.324		513
61 Telekommunikation					37.791	
62 Erbringung von Dienstleistungen der Informationstechnologie		310				741
63 Informationsdienstleistungen			16			
64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	1.537		220		3.063	160
65 Versicherungen, Rückversicherungen und Pensionskassen (ohne Sozialversicherung)				1.694		792
66 Mit Finanz- und Versicherungsdienstleistungen verbundene Tätigkeiten	1.701			3.633	75	240
68 Grundstücks- und Wohnungswesen				33		
70 Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben; Unternehmensberatung			20		3.468	
73 Werbung und Marktforschung	100					
74 Sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten	12					
81 Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau		1.031			83	
82 Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen a. n. g.	954		63	4.198		42
84 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	8.597	16.899	2.537	746	531	13.573
85 Erziehung und Unterricht	45	32.598		170		765
86 Gesundheitswesen	1.093	6.042	9.507	46.600	8.180	118
87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)		1.676	31			62
88 Sozialwesen (ohne Heime)	204					
90 Kreative, künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten	198		168			228
93 Erbringung von Dienstleistungen des Sports, der Unterhaltung und der Erholung	101	116				
94 Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	15					72
96 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen			40			
99 Exterritoriale Organisationen und Körperschaften					232	45

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

- Wie viele Ausfalltage aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland jährlich seit dem Jahr 1991 differenziert nach Berufsgruppen?

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit über Streiks und Aussperrungen basiert auf den nach § 320 Absatz 5 SGB III abzugebenden Meldungen der Arbeitgeber. Der Beruf der vom Arbeitskampf betroffenen Arbeitnehmer ist kein zu meldendes Merkmal und daher in der Meldung nicht vorgesehen. Aus diesem Grund liegen aus der Streikstatistik der Bundesagentur für Arbeit keine Angaben zum Beruf der vom Arbeitskampf betroffenen Personen vor.

- Wie viele Ausfalltage aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 1991 in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den USA (wenn möglich, bitte für jedes Land einzeln die jährlichen Daten ausweisen)?

Die Ausfalltage aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen (Streik bzw. Aussperrung) in den einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-28, Stand: 2014) und den USA lassen sich folgender Tabelle entnehmen. Die Daten entstammen einer Übersicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und können von der Bundesregierung nicht auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Der ILO-Aufstellung lassen sich nicht für alle Länder und alle Jahre Angaben entnehmen; in diesem Fall sind die entsprechenden Tabellenfelder leer. Die Daten stammen aus unterschiedlichen Datenquellen und sind untereinander nicht vergleichbar. Zudem kann es sein, dass es in den jeweiligen Ländern Umstellungen der Erhebungsmethoden gab, weshalb die Daten auch im Zeitverlauf nicht zwangsläufig miteinander vergleichbar sind.

Zu den Zahlen für Deutschland wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Tabelle 5: Anzahl ausgefallener Arbeitstage aufgrund von Streiks und Aussperrungen in der EU-28 und den Vereinigten Staaten.

Land	Anzahl ausgefallener Arbeitstage aufgrund von Streiks und Aussperrungen											
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Belgien	66500	198700	54700	71300	100200	146256	40100	87100	76310	264919	460177	60954
Bulgarien												
Dänemark	70000	62800	113700	75000	197300	75700	101700	3173000	91800	124800	56000	193600
Estland		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Finland	458340	76090	17316	525703	869422	20078	103713	133203	18954	253838	60652	74985
Frankreich	497300	359200	510900	500500	784000	363158	325092	309111	421605	581356	462622	248114
Griechenland	5839663	2830017	1602316	665666	449960	765336	390760	283903				
Irland	85513	190609	60987	25550	130300	114585	74508	37374	215587	97046	114613	21257
Italien	2985000	2737100	3411000	3374000	909300	1930000	1164200	580400	909100	884100	1026000	4861000
Kroatien												
Lettland							110	16	26692	0	6	3055
Litauen										10394	2167	3055
Luxemburg	0	0	0									
Malta	461	99	2607	2830	5302	16015	14652	1828		4764	2793	744
Niederlande	96356	85416	44673	47387	691500	7400	14600	33200	75800	9400	45100	245500
Österreich	58341	23437	13008	0	120	0	19125	0	0	2947	0	9306
Polen	517900	2360400	580400	561800	56300	75000	27800	42741	106893	74266	4201	118
Portugal	123800	189900	79900	96800	62900	52800	80100	94755	67500	40545	41570	108062
Rumänien	987900	17000	89504	361075	212085	142435	167348	360967	1402998	565422	1114	34223
Schweden	21724	28141	189828	52398	627291	61348	23579	1677	78735	272	11098	838
Slowenien												
Slowakei		14222	315	17552	0		93	0	0	0	0	0
Spanien	4536600	6332600	2141300	6276700	1457100	1579700	1836800	1280900	1504589	3616907	1923758	4945091
Tschechien	2300	18700	300	3100	2000	16400						
Ungarn	9453	4170	5195	28647	258585	2396	1923	392	241959	149845	7685	1377
Vereinigtes Königreich	761000	528000	649000	278000	415000	1303300	234700	282400	241800	498800	525100	1323300
Zypern	10347	59720	23883	28911	97609	7705	5240	7948	26037	1136	4778	7051
Vereinigte Staaten	4583600	3988600	3981200	5021500	5771200	4888600	4497100	5115700	1995800	20419400	1151300	659600

Land	Anzahl ausgefallener Arbeitstage aufgrund von Streiks und Aussperrungen										
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Belgien	239344	166287	669982	88941	127442	263613					
Bulgarien											
Dänemark	55100	76400	51100	85900	91700	1869100			15000	10200	
Estland	10993		0	8	75	50			0		
Finnland	66136	42385	672904	85075	94579	16352					
Frankreich	223795	193423	1997000	1421400	1553000	1418500					
Griechenland											
Irland	37482	20784	26665	7352	6038	4179					
Italien	1961700	698571	906857	554713	929714	722714					
Kroatien											
Lettland	0	0	0	0	0	3254					
Litauen	0	0	834	0	9559	31601					
Luxemburg				0							
Malta	3306	1652	1341	2935	721	1771	7594,5		606,8	1126	
Niederlande	15000	62200	41700	15800	26400	120600					
Österreich	1305466	178	0	0	0	0					
Polen	6551	358	413	31418	186213	275819					
Portugal	53370	46096	27333	44732	29851						
Rumänien	11786	21403	12505,5	24389,8	494034	138453					
Schweden	627541	15282	568	1971	13666	106801			254	37072	7084
Slowenien											
Slowakei	4	0	0	14	6	0					
Spanien	792101	4472576	951495	927712	1187654	1510219	1290852	671523	485054	1290114	
Tschechien											
Ungarn	2426	19067	963	6501	27848						
Vereinigtes Königreich	499100	904900	223801	754500	1041100	758861	455200	365300	1390000	249000	443600
Zypern	6901	9053	13967	26898	10289	1034	1743	200	39349	132811	605671
Vereinigte Staaten	4077400	1017200	1348000	2687500	1264800	1954100	124100	302300	1020200	1130800	289900

Quelle: Internationale Arbeitsorganisation (ILO).

4. Welche Berufsgruppen weisen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2010 bis 2013 in Deutschland besonders hohe Durchschnittszahlen bezüglich der Dauer und Anzahl von Arbeitskämpfen auf, und wie viele Ausfalltage sind jeweils zu verzeichnen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Wie viele Ausfalltage aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 1991 in den Bundesministerien und Bundesämtern bzw. in den Bundesbehörden und -instituten (bitte jeweils jährlich insgesamt angeben sowie nach Bundeskanzleramt und Bundesministerien mit den entsprechenden Bundesämtern bzw. -behörden und -instituten aufschlüsseln)?

Streikbedingte Ausfalltage werden für die Bundesverwaltung nicht zentral erhoben. Auch im Rahmen der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst werden nicht Ausfalltage erhoben, sondern lediglich Angaben über die Streikbeteiligung. Aus den Angaben zur Streikbeteiligung lassen sich die erfragten Angaben zu streikbedingten Ausfalltagen nicht errechnen.

6. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung im Hinblick auf die Notwendigkeit gesetzgeberischen Handelns aus dem Ausmaß und der Entwicklung der Ausfalltage aufgrund von Arbeitskampfmaßnahmen in Deutschland, auch im Vergleich mit anderen Staaten der Europäischen Union und differenziert nach Branchen?

Ist aus Sicht der Bundesregierung in diesem Zusammenhang eine problematische Entwicklung zu verzeichnen, aus der gesetzgeberischer Handlungsbedarf abgeleitet wird?

Ausmaß und Entwicklung der Ausfalltage sind für sich genommen keine maßgebliche Kennzahl für die Notwendigkeit gesetzgeberischen Handelns. Die Bundesregierung wird alle maßgeblichen Entwicklungen in ihre Überlegungen einbeziehen.

7. Wie viele Berufsgewerkschaften gibt es derzeit nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland, und welche sind dies?

Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Vorhandensein, der Zahl und dem Agieren von Berufs- und Sparten-gewerkschaften im Hinblick auf das eigene gesetzgeberische Handeln?

Der Begriff „Berufsgewerkschaft“ ist weder gesetzlich noch richterrechtlich definiert. Bei der Anwendung des Koalitions- und Tarifrechts kommt ihm keine eigenständige Bedeutung zu.

Im Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind u. a. folgende Organisationen bekannt:

- Apothekengewerkschaft für Angestellte in öffentlichen Apotheken
- Arbeitnehmerverband deutscher Milchkontroll- und Tierzuchtbediensteter
- Bund angestellter Drogisten
- Bund Deutscher Forstleute
- Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten
- Berufsverband Katholischer Arbeitnehmerinnen
- Christliche Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner
- Deutscher Bankangestellten-Verband
- Deutscher Journalistenverband
- Deutscher Land- und forstwirtschaftlicher Angestelltenbund
- Deutsche Orchestervereinigung im DGB
- Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger
- Gewerkschaft der Flugsicherung e. V.
- Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer
- Hamburger Verband Leitender Krankenhausärzte
- Kraftfahrergewerkschaft
- Marburger Bund
- Unabhängige Flugbegleiter Organisation
- Verband Deutscher Techniker
- Verband angestellter Akademiker und leitender Angestellter der chemischen Industrie
- Verband deutscher Straßenwärter
- Verein katholischer deutscher Lehrerinnen
- Vereinigung Cockpit
- Vereinigung deutscher Opernhöre und Bühnentänzer
- Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger

Inwieweit es sich bei diesen Organisationen um Gewerkschaften im Sinne der Fragestellung handelt, kann von der Bundesregierung nicht beurteilt werden. Die Gewerkschaften entscheiden eigenverantwortlich im Rahmen ihrer Satzungsautonomie, für welche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sie Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen regeln wollen. Zur Registrierung ihrer Satzungen bei der Bundesregierung sind die Arbeitnehmerorganisationen nicht verpflichtet. Zudem obliegt den Gerichten für Arbeitssachen die Entscheidung darüber, ob es sich bei einem Zusammenschluss von Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

mern um eine tariffähige Koalition und somit um eine Gewerkschaft handelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass neben den genannten Organisationen weitere Zusammenschlüsse von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern existieren, die bislang keinen Tarifvertrag im Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eingereicht haben.

8. Wie viele Betriebe sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland von Tarifpluralität betroffen (bitte absolute und relative Zahlen nennen)?

Welche Branchen weisen ein besonders hohes Maß an Tarifpluralität aus?

Verzeichnet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang negative Auswirkungen, die gesetzgeberisches Handeln rechtfertigen?

Wenn ja, welche sind dies?

Ohne dass der Bundesregierung ersichtlich wäre, was „ein besonders hohes Maß an Tarifpluralität“ im Sinne der Fragestellung wäre, sind der Bundesregierung Tarifpluralitäten vor allem aus dem Gesundheitswesen, dem Luftfahrtbereich sowie dem Bahnbereich bekannt. Dessen unbeschadet lässt sich mit den Mitteln des Tarifregisters beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales nicht beurteilen, welche Unternehmen und Betriebe welchen Branchentarifverträgen unterfallen. Zudem ist aus dem Tarifregister selbst nicht erkenntlich, ob Firmentarifverträge auf Unternehmensebene oder in einzelnen Betrieben bzw. Betriebsstellen gelten.

Aus Sicht der Bundesregierung kann die Kollision von Tarifverträgen konkurrierender Gewerkschaften die Funktionsfähigkeit der Tarifautonomie beeinträchtigen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD sieht hierzu vor, dass der Grundsatz der Tarifeinheit nach dem betriebsbezogenen Mehrheitsprinzip unter Einbindung der Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gesetzlich festgeschrieben wird, um den Koalitions- und Tarifpluralismus in geordnete Bahnen zu lenken. Die Bundesregierung wird alle maßgeblichen Erkenntnisse in ihre Überlegungen zu gesetzgeberischem Handlungsbedarf einbeziehen und bei einem Regelungsvorschlag verfassungsrechtlich gebotenen Belangen Rechnung tragen.

9. Wie viele Bundesministerien und Bundesämter bzw. Bundesbehörden und -institute sind nach Kenntnis der Bundesregierung von Tarifpluralität betroffen (bitte absolute und relative Zahlen nennen)?

Verzeichnet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang negative Auswirkungen, die gesetzgeberisches Handeln rechtfertigen?

Wenn ja, welche sind dies?

Tarifpluralität im Sinne einer Kollision von verschiedenen Tarifverträgen, deren Anwendungsbereich sich überschneidet, gibt es beim Bund als Arbeitgeber nicht. Die für den Bund als Arbeitgeber einheitlich geltenden Tarifverträge, insbesondere der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), werden zum einen mit der Gewerkschaft ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft – und zum anderen mit der Gewerkschaft dbb beamtenbund und tarifunion abgeschlossen. Diese Tarifverträge sind in ihrem Wortlaut identisch. Änderungen an diesem Vorgehen hat es seit Einführung des TVöD im Jahr 2005 nicht gegeben. Daneben gibt es für Beschäftigte, die Tätigkeiten in der Waldarbeit ausüben, ebenfalls einheitlich beim Bund als Arbeitgeber geltende spezielle Tarifverträge, die an den TVöD anknüpfen, die mit der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) abgeschlossen wurden. Diese Tarifverträge sind mit dbb beamtenbund und tarifunion ebenfalls abgeschlossen worden. Mangels Tarif-

pluralität beim Bund als Arbeitgeber können auch keine Auswirkungen der Tarifpluralität beschrieben werden.

10. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der vorhandenen Tarifpluralität, und welche problematischen Entwicklungen gehen aus Sicht der Bundesregierung damit einher?

Auf welche empirischen Untersuchungen stützt sich die Bundesregierung bei ihrer Problemanalyse?

Es wird auf die Antwort zu Frage 8 verwiesen.

11. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Tarifbindung in Deutschland seit dem Jahr 1991 bis heute entwickelt (bitte nach Ost und West sowie nach Branchen differenzieren, jeweils die Tarifbindung der Betriebe und der Beschäftigten ausweisen sowie die Tarifbindung nach Firmentarifvertrag und Branchentarifvertrag unterscheiden)?

Informationen zur Tarifbindung werden jährlich im IAB-Betriebspanel (IAB = Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit) erhoben. Bei der Erhebung handelt es sich um eine Befragung von Betrieben mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Datensatz erlaubt eine Unterscheidung zwischen Branchen- und Haustarifvertragsbindung. Auch werden Betriebe, die sich am Branchentarif orientieren, erfasst. Da es sich um eine Betriebsbefragung handelt, ist es nicht möglich die Tarifbindung einzelner Personengruppen auszuweisen, sondern nur den Anteil der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben.

Die aus dem IAB-Betriebspanel verfügbaren Informationen zur Tarifbindung der Betriebe und den Beschäftigten in diesen Betrieben finden sich in den angehängten Tabellen. Da die Daten erst seit dem Jahr 1996 für das gesamte Bundesgebiet erhoben werden, können diese nur ab diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden. Des Weiteren mussten im IAB-Betriebspanel seit dem Jahr 1996 zwei grundlegende Umkodierungen der Wirtschaftszweigklassifikation vollzogen werden. Zwischen dem Jahr 1999 und dem Jahr 2000 erfolgte die Umstellung von der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1973 auf die WZ93 sowie zwischen dem Jahr 2008 und dem Jahr 2009 der Umstieg auf die WZ2008. Als Folge hieraus sind die Ergebnisse für die einzelnen Wirtschaftszweige über diese Jahre hinweg nicht vergleichbar, auch wenn die Kurzbezeichnungen der Branchen teilweise gleich geblieben sind. Des Weiteren ist zu beachten, dass seit dem Jahr 2007 die Abgrenzung von West- und Ostdeutschland im IAB-Betriebspanel verändert wurde. Seither wird West-Berlin nicht mehr Westdeutschland zugeordnet, sondern Ostdeutschland.

Das IAB-Betriebspanel ist eine Stichprobenerhebung, deren Ergebnisse auf den Angaben von inzwischen rund 16 000 repräsentativ ausgewählten Betrieben beruht. Die Ergebnisse werden auf die Gesamtheit der Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hochgerechnet. Obwohl es sich insgesamt um eine sehr große Stichprobe handelt, muss bei der Interpretation der Ergebnisse immer berücksichtigt werden, dass die Anzahl der Betriebe in den einzelnen Branchen stark variiert und vor allem die Aussagen zur Firmentarifvertragsbindung meist auf eher niedrigeren Fallzahlen beruhen. Deshalb sollten die Angaben zu den Firmentarifen eher vorsichtig interpretiert werden. Zudem ist anzumerken, dass Veränderungen zwischen den Branchen (soweit Vergleiche überhaupt zulässig sind) von Jahr zu Jahr nicht überbewertet werden sollten, da gelegentlich schon vermeintlich geringe Änderungen in der Stichprobensammensetzung, zu deutlichen Veränderungen bei den hochgerechneten Werten führen können.

12. Ist nach Auffassung der Bundesregierung eine Erosion des Systems der Branchen- bzw. Flächentarifverträge zu beobachten?

Wenn ja, welche sind nach Auffassung der Bundesregierung die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung?

Welchen Stellenwert nimmt dabei aus Sicht der Bundesregierung die Tarifpluralität bzw. das Agieren von Berufs- und Spartengewerkschaften ein?

Die Ordnung des Arbeitslebens durch Tarifverträge ist in den letzten Jahren zurückgegangen. Die Tarifbindung in Deutschland hat seit dem Jahr 1996 abgenommen. Hauptsächlich vom Rückgang betroffen war die Bindung an Flächentarifverträge. Jedoch kann von einer generellen Erosion der Tarifbindung nicht gesprochen werden. Die Tarifvertragsparteien sind im Grundsatz weiterhin zu einer sinnvollen Ordnung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen in der Lage. Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD hat mit dem Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) wichtige Schritte zur Stärkung der Tarifautonomie getan.

13. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es sich um eine faktische Einschränkung des Streikrechts handelt, wenn das Ergebnis eines Arbeitskampfes, also der Tarifvertrag, nicht zur Anwendung kommt (bitte begründen)?

Das Recht, durch Arbeitskampfmaßnahmen den Abschluss eines Tarifvertrags zu erzwingen, ist von der Frage zu trennen, ob ein Tarifvertrag angewendet wird. Finden etwa im Fall der Tarifkonkurrenz Betriebsnormen oder Normen über betriebsverfassungsrechtlichen Fragen eines Tarifvertrags keine Anwendung, ist damit nicht zugleich eine Einschränkung des Streikrechts verbunden.

14. Erkennt die Bundesregierung die Organisations- und Satzungsautonomie der Gewerkschaften an, steht ihnen zu, selbständig zu entscheiden, in welcher Form sie sich organisieren und ausrichten, und steht ihnen darüber hinaus zu, ihre Mittel frei zu wählen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Bundesregierung erkennt die Organisations- und Satzungsautonomie der Gewerkschaften an. Ihnen steht es im Rahmen des geltenden Rechts zu, selbständig zu entscheiden, in welcher Form sie sich organisieren und ausrichten und mit welchen Mitteln sie ihre Ziele verfolgen.

15. Hält es die Bundesregierung für sachgerecht, die Konsequenzen und die Auslegung von Gesetzen von der Exekutive auf die Judikative zu verlagern?

Hält sie dies mit einer notwendigen Rechtsfolgeabschätzung für vereinbar?

Die Auslegung von Gesetzen ist seit jeher von Verfassung wegen Aufgabe der Judikative. Es ist für die Bundesregierung nicht verständlich, weshalb die Auslegung einer gesetzlichen Regelung durch die Judikative nicht mit einer Rechtsfolgenabschätzung des Gesetzgebers vereinbar sein sollte.

16. Stimmt die Bundesregierung damit überein, dass der genuine Zweck einer Gewerkschaft zunächst das Aushandeln von Tarifverträgen und den dazugehörigen Arbeitsbedingungen für die jeweiligen Gewerkschaftsmitglieder ist, und wird nach Einschätzung der Bundesregierung mit der gesetz-

lichen Regelung zur Tarifeinheit den Berufs- und Spartengewerkschaften die Tariffähigkeit genommen (bitte begründen)?

Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes weist den frei gebildeten Koalitionen die im öffentlichen Interesse liegende Aufgabe zu, insbesondere Arbeitsentgelte und sonstige materielle Arbeitsbedingungen in einem von staatlicher Rechtsetzung frei gelassenen Raum in eigener Verantwortung und im wesentlichen ohne staatliche Einflussnahme sinnvoll zu ordnen. Die Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Tarifsystem hat der Gesetzgeber zu schaffen.

Eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit nähme „Berufs- und Spartengewerkschaften“ nicht die Tariffähigkeit. Während der Grundsatz der Tarifeinheit bei der Frage ansetzt, welcher von mehreren konkurrierenden Tarifverträgen im Betrieb den Vorrang genießt, beschreibt der Begriff der Tariffähigkeit die generelle Befugnis zum Abschluss von Tarifverträgen.

17. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass Berufs- und Spartengewerkschaften mit einer gesetzlichen Regelung zur Tarifeinheit der Organisationszweck entzogen wird und die Bundesregierung damit ihre Neutralitätspflicht verletzt (bitte begründen)?

Berufs- und Spartengewerkschaften würde mit einer gesetzlichen Regelung zur Tarifeinheit der Organisationszweck nicht entzogen. Der Grundsatz der Tarifeinheit regelt alleine die Frage, welcher von mehreren konkurrierenden Tarifverträgen im Betrieb den Vorrang genießt.

18. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass nach der herrschenden Autonomietheorie der Staat nicht berechtigt ist, die autonome Koalitionsbildung zu verändern oder zu beeinflussen (bitte begründen)?

Maßstab der verfassungsrechtlichen Beurteilung tarifrechtlicher Regelungen ist für die Bundesregierung Artikel 9 Absatz 3 des Grundgesetzes in der Ausprägung, die er durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts erfahren hat.

19. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die aktive Beteiligung von ehemaligen bzw. Nochstaatskonzernen, wie z. B. der Deutschen Post, Telekom Deutschland GmbH oder Deutschen Bahn AG, an der zunehmenden Entstehung der Tarifpluralität, indem sie eine Vielzahl von Tochtergesellschaften gebildet haben (bitte begründen)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Anlage

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 1996

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ73	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-Tarifvertrag*		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag*		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
			(9)	(8)	(13)	(31)	(8)	(39)	(79)	(67)	(29)	(17)
Landwirtschaft u.a.	49	14	(9)	(8)	(13)	(31)	0	5	84	90	(8)	1
Bergbau/Energie	87	64	(11)	(8)	(11)	(8)	39	70	79	51	(14)	35
Grundstoffverarbeitung	51	22	(11)	(15)	(11)	(15)	29	50	80	50	(18)	33
Investitionsgüter	60	35	(9)	(14)	(9)	(14)	26	48	74	50	(16)	34
Verbrauchsgüter	65	37	(6)	(20)	(6)	(20)	20	41	86	52	(3)	29
Baugewerbe	74	39	(12)	(13)	(12)	(13)	41	65	64	46	(12)	40
Handel	47	23	(15)	(21)	(15)	(21)	46	53	49	47	(29)	13
Verkehr/Nachrichten	39	26	(2)	(27)	(2)	(27)	32	24	86	91	(6)	3
Kredit/Versicherung	65	49	(9)	(16)	(9)	(16)	54	67	57	51	(15)	34
sonstige Dienste	37	17	(25)	(12)	(25)	(12)	34	44	57	46	(24)	23
Org. ohne Erwerbszweck	41	44	(8)	(4)	(8)	(4)	8	1	88	92	(7)	1
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	84	95	(10)	(15)	(10)	(15)	41	57	69	56	(17)	27
Insgesamt	49	28										

Quelle: IAB-Betriebspanel 1996.

* Die Frage nach der Firmentarifbindung war 1996 unpräzise formuliert. Somit sind die in Klammern angegebenen Ergebnisse wenig aussagekräftig und nicht mit den Angaben ab 1998 vergleichbar.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 1997

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ73	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-Tarifvertrag*		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag*		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
			(14)	(18)	42	62	59	29	(11)	(21)	30	51
Landwirtschaft u.a.	44	20	(27)	(40)	8	4	75	86	(24)	(11)	1	3
Bergbau/Energie	61	31	(10)	(15)	30	54	78	53	(12)	(19)	10	28
Grundstoffverarbeitung	58	36	(11)	(16)	31	49	77	44	(11)	(19)	12	37
Investitionsgüter	73	42	(10)	(16)	17	42	77	46	(11)	(22)	11	32
Verbrauchsgüter	70	41	(5)	(15)	25	45	85	50	(3)	(18)	12	32
Baugewerbe	54	24	(8)	(12)	38	64	69	47	(10)	(14)	20	39
Handel	37	27	(19)	(19)	45	53	50	50	(33)	(32)	17	18
Verkehr/Nachrichten	61	48	(12)	(10)	27	42	82	90	(9)	(5)	9	5
Kredit/Versicherung	36	19	(10)	(14)	54	68	54	50	(12)	(16)	34	35
sonstige Dienste	33	49	(18)	(18)	49	32	53	50	(22)	(24)	25	26
Org. ohne Erwerbszweck	88	95	(4)	(4)	9	1	87	92	(10)	(8)	3	1
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	50	30	(10)	(14)	41	56	68	55	(13)	(17)	19	29
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 1997.

*Die Frage nach der Firmentarifbindung 1997 war unpräzise formuliert. Somit sind die in Klammern angegebenen Ergebnisse wenig aussagekräftig und nicht mit den Angaben ab 1998 vergleichbar.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 1998

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ73	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen- tarifvertrag		Firmen- tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen- tarifvertrag		Firmen- tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	49	25	1	3	51	72	24	72	2	7	27	69
Bergbau/Energie	63	58	32	3	5	35	87	76	22	8	2	5
Grundstoffverarbeitung	51	24	2	7	47	69	49	75	8	9	17	42
Investitionsgüter	60	28	3	9	37	63	40	74	6	11	20	49
Verbrauchsgüter	60	32	9	7	31	61	38	76	7	15	17	47
Baugewerbe	71	40	3	10	26	51	50	83	4	12	14	38
Handel	49	19	4	6	48	75	41	65	7	9	28	51
Verkehr/Nachrichten	33	28	7	11	61	61	39	53	2	35	24	26
Kredit/Versicherung	62	66	5	2	33	32	90	86	6	5	8	6
sonstige Dienste	37	16	4	6	59	78	46	55	8	11	38	43
Org. ohne Erwerbszweck	40	36	11	21	49	43	40	57	12	29	31	32
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	76	91	16	8	8	1	90	89	8	9	3	1
Insgesamt	48	26	5	8	48	67	51	68	8	13	24	37

Quelle: IAB-Betriebspanel 1998.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 1999

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ73	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	41	10	1	1	58	89	54	22	3	7	43	71
Land- und Forstwirtschaft	43	55	47	11	11	34	57	75	39	18	3	7
Bergbau, Energie, Wasser	36	22	3	6	60	72	70	47	10	12	20	40
Grundstoffverarbeitung	56	21	3	6	41	73	68	31	6	10	26	58
Investitionsgüter	58	24	2	7	39	69	71	33	6	14	22	54
Verbrauchsgüter	69	33	2	6	29	61	83	48	2	8	15	44
Baugewerbe	46	16	2	4	52	80	83	38	6	7	31	55
Handel	46	12	5	5	50	83	61	33	19	23	20	44
Verkehr – und Nachrichtenübermittlung	70	45	0	4	30	52	89	83	5	5	6	12
Kredit-, Versicherungsgewerbe	33	17	3	4	64	79	65	43	5	10	30	47
Dienstleistungen	28	25	10	12	62	63	55	30	12	21	33	49
Org. ohne Erwerbszweck	83	89	13	7	4	5	85	88	12	8	3	4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	44	21	3	5	52	74	65	46	8	11	27	43
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2000

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ93	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	35	18	5	2	60	81	43	28	7	5	50	68
Bergbau/Energie	68	53	9	19	23	28	80	80	16	13	4	7
Grundstoffverarbeitung	49	23	3	4	48	73	74	42	6	10	20	59
Investitionsgüter	42	17	3	6	56	78	66	35	7	10	28	55
Verbrauchsgüter	53	23	2	8	45	69	64	31	5	14	30	55
Baugewerbe	70	35	2	5	28	61	81	44	3	7	16	50
Handel/Reparatur	53	20	2	3	46	78	65	37	5	6	31	58
Verkehr/Nachrichten	40	14	4	8	56	79	56	26	17	33	27	42
Kredit/Versicherung	65	52	2	8	33	41	88	90	5	2	7	8
Dienste für Unternehmen	16	14	2	3	83	83	33	36	7	7	59	58
sonstige Dienste	45	20	3	4	53	76	59	43	7	12	34	46
Org. ohne Erwerbszweck	35	37	5	5	60	59	54	32	10	15	36	53
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	83	83	10	10	7	7	83	92	12	6	5	2
Insgesamt	45	23	3	4	52	73	63	46	7	10	30	45

Quelle: IAB-Betriebspanel 2000.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2001

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ93	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	43	11	2	4	55	85	56	20	3	8	41	72
Landwirtschaft u. a.	61	65	8	21	31	14	84	77	13	18	3	6
Bergbau/Energie	47	23	5	8	49	68	70	42	9	14	21	44
Grundstoffverarbeitung	43	16	5	4	52	79	64	29	9	14	27	57
Investitionsgüter	51	17	4	10	46	72	69	31	8	14	24	55
Verbrauchsgüter	65	31	1	7	34	62	78	43	3	9	19	49
Baugewerbe	50	21	3	4	47	75	66	36	5	8	29	56
Handel/Reparatur	42	12	7	11	51	77	57	24	18	39	26	37
Verkehr/Nachrichten	68	31	1	0	31	69	86	87	5	0	8	13
Kredit/Versicherung	14	12	2	4	85	84	32	37	6	6	62	57
Dienste für Unternehmen	55	21	3	4	53	75	61	45	7	11	33	45
sonstige Dienste	39	46	7	7	55	47	45	34	11	18	43	48
Org. ohne Erwerbszweck	77	83	10	12	13	5	84	89	11	9	5	1
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	45	22	3	6	53	72	63	44	7	12	29	44
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2001.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2002

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ93	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	45	11	2	1	53	88	59	21	2	5	39	74
Landwirtschaft u. a.	52	*	9	*	39	*	67	*	27	*	6	*
Bergbau/Energie	47	22	3	5	50	73	72	39	7	15	21	46
Grundstoffverarbeitung	38	17	3	4	59	78	65	30	9	13	26	57
Investitionsgüter	54	22	2	3	44	75	70	33	6	10	24	57
Verbrauchsgüter	66	27	1	4	33	69	79	35	2	10	19	55
Baugewerbe	47	20	2	3	52	77	64	36	4	6	32	59
Handel/Reparatur	31	9	9	5	60	86	51	25	15	36	35	39
Verkehr/Nachrichten	60	27	1	2	39	71	86	82	5	4	9	14
Kredit/Versicherung	17	12	0	4	83	84	31	35	4	8	65	58
Dienste für Unternehmen	46	16	3	4	52	79	61	43	8	12	32	45
sonstige Dienste	51	42	5	13	44	45	56	31	11	21	33	48
Org. ohne Erwerbszweck	83	88	10	6	7	6	86	91	10	9	4	1
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	44	20	2	4	54	76	63	43	7	12	30	46
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2002

*) nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2003

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ93	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	46	9	3	4	51	88	60	19	8	6	33	75
Landwirtschaft u.a.	58	35	8	11	35	54	82	65	13	23	5	12
Bergbau/Energie	46	19	4	7	50	75	71	40	7	12	22	48
Grundstoffverarbeitung	44	15	2	7	54	78	65	27	9	16	26	57
Investitionsgüter	56	26	4	5	41	69	68	36	8	13	24	51
Verbrauchsgüter	64	28	2	4	34	68	78	39	2	8	20	54
Baugewerbe	46	19	2	6	53	76	63	34	5	8	32	58
Handel/Reparatur	36	10	7	5	58	85	52	21	21	34	27	44
Verkehr/Nachrichten	59	26	2	7	38	67	86	72	6	5	8	24
Kredit/Versicherung	18	13	2	4	80	83	29	33	6	8	66	59
Dienste für Unternehmen	40	21	3	4	58	75	58	45	7	11	36	44
sonstige Dienste	48	37	3	8	49	55	61	37	7	12	32	52
Org. ohne Erwerbszweck	84	84	5	10	11	6	89	92	9	7	2	1
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	43	21	3	5	55	74	62	43	8	11	30	46
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2003.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2004

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2003	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	55	12	*	4	45	84	68	21	*	5	31	74
Landwirtschaft u.a.	49	30	6	10	35	60	80	62	14	21	6	17
Bergbau/Energie	42	21	2	4	56	75	67	37	8	11	25	52
Grundstoffverarbeitung	38	14	3	4	59	82	65	26	7	14	28	60
Investitionsgüter	54	22	2	3	45	75	65	29	5	10	30	61
Verbrauchsgüter	64	33	1	3	35	65	76	40	3	8	22	52
Baugewerbe	42	16	2	5	56	79	60	31	5	12	36	58
Handel/Reparatur	37	11	6	3	58	86	49	25	19	27	32	48
Verkehr/Nachrichten	52	25	4	*	44	67	86	77	4	*	10	20
Kredit/Versicherung	15	12	1	2	84	86	34	38	8	7	58	55
Dienste für Unternehmen	40	15	3	4	58	80	57	41	6	13	37	47
sonstige Dienste	51	35	6	9	44	56	60	29	10	24	31	47
Org. ohne Erwerbszweck	88	88	6	6	6	7	85	86	1	10	5	4
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	41	19	2	4	57	77	61	41	7	12	32	48
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2004

*) nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2005

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2003	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	46	10	1	1	53	89	58	18	3	4	40	79
Landwirtschaft u.a.	54	32	8	17	38	51	79	64	12	25	9	11
Bergbau/Energie	39	18	3	5	58	76	65	36	9	14	26	50
Grundstoffverarbeitung	35	14	2	5	63	81	62	25	9	16	29	59
Investitionsgüter	48	20	2	5	51	75	59	29	8	14	33	57
Verbrauchsgüter	61	34	2	2	37	64	74	45	3	6	23	50
Baugewerbe	36	15	2	3	61	82	55	30	5	6	41	63
Handel/Reparatur	33	8	7	4	60	87	49	27	18	27	33	47
Verkehr/Nachrichten	47	27	2	*	51	72	86	79	3	*	11	21
Kredit/Versicherung	15	11	1	3	85	86	36	40	6	7	58	54
Dienste für Unternehmen	39	16	3	6	58	79	56	41	8	13	37	46
sonstige Dienste	41	28	5	12	54	60	55	33	8	20	37	48
Org. ohne Erwerbszweck	87	84	7	7	6	9	88	89	10	8	3	3
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	38	19	3	4	60	77	59	42	8	11	34	47
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2005

* nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2006

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2003	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	40	7	*	*	58	93	55	14	*	*	42	85
Bergbau/Energie	63	37	4	11	33	52	77	48	14	40	10	12
Grundstoffverarbeitung (Produktionsgüter)	34	20	4	5	62	76	59	37	12	11	29	52
Investitionsgüter	37	14	2	6	61	80	59	22	10	17	31	61
Verbrauchsgüter	48	20	2	4	50	76	58	31	9	12	34	58
Baugewerbe	60	40	2	3	38	57	73	48	3	7	23	46
Handel/Reparatur	35	17	2	5	63	78	50	31	6	6	44	63
Verkehr/Nachrichten	30	15	6	4	64	81	44	24	15	32	41	45
Kredit/Versicherung	40	28	3	*	58	69	85	72	2	*	13	26
Dienste für Unternehmen	14	12	1	3	85	85	35	42	8	7	57	51
sonstige Dienste	39	16	3	5	59	79	56	38	8	15	36	46
Org. ohne Erwerbszweck	46	24	7	7	47	69	53	30	7	28	40	42
Gebietskörperschaften/ Sozialversicherung	84	91	8	4	8	5	87	84	10	14	4	3
Insgesamt	37	20	3	4	61	75	57	41	8	13	35	46

Quelle: IAB-Betriebspanel 2006

* nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2007

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2003	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	40	8	*	*	60	92	56	15	*	*	43	83
Bergbau/Energie	55	38	4	15	42	47	81	57	10	32	9	11
Grundstoffverarbeitung (Produktionsgüter)	42	18	4	5	54	77	64	32	11	12	25	56
Investitionsgüter	30	17	3	6	67	78	60	25	8	17	32	59
Verbrauchsgüter	46	24	3	3	51	73	51	29	10	17	40	54
Baugewerbe	61	38	1	4	38	58	75	48	2	8	23	44
Handel/Reparatur	34	15	2	4	63	81	48	24	5	6	47	69
Verkehr/Nachrichten	34	15	4	6	62	80	45	33	11	17	44	50
Kredit/Versicherung	42	32	4	*	54	66	86	73	4	*	10	26
Dienste für Unternehmen	13	14	1	4	85	83	37	45	6	7	57	48
sonstige Dienste	36	16	3	5	61	79	53	36	8	17	39	48
Org. ohne Erwerbszweck	40	20	8	9	52	72	49	32	12	15	39	54
Öffentliche Verwaltung	85	85	7	5	8	11	89	79	8	18	4	3
Insgesamt	36	20	3	4	62	76	56	41	7	13	37	47

Quelle: IAB-Betriebspanel 2007

* nicht ausgewiesen wegen zu geringer Fallzahl.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2008

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2003	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	41	8	1	4	58	88	54	54	1	4	46	83
Bergbau/Energie	58	38	3	16	39	46	71	71	23	32	7	12
Grundstoffverarbeitung (Produktionsgüter)	38	19	3	4	59	77	60	60	12	10	28	57
Investitionsgüter	27	15	3	6	69	79	59	59	9	13	32	59
Verbrauchsgüter	44	22	4	2	52	75	54	54	10	15	36	58
Baugewerbe	60	38	2	3	38	59	70	70	4	7	26	43
Handel/Reparatur	32	16	2	5	66	80	46	46	5	6	49	70
Verkehr/Nachrichten	29	13	4	6	67	81	42	42	14	21	44	52
Kredit/Versicherung	48	28	0	5	52	68	84	84	3	8	13	29
Dienste für Unternehmen	14	13	1	4	85	83	37	37	6	9	57	49
sonstige Dienste	36	22	3	3	61	75	55	55	7	14	37	47
Org. ohne Erwerbszweck	40	20	10	11	50	70	53	53	9	20	38	58
Öffentliche Verwaltung	82	84	13	7	6	9	85	85	13	19	2	4
Insgesamt	35	21	3	4	63	75	55	55	8	12	37	48

Quelle: IAB-Betriebspanel 2008.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2009

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2008	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	41	9	1	2	57	89	59	10	2	5	40	84
Landwirtschaft u.a.	60	27	6	11	34	61	47	14	23	12	31	
Energie/Wasser/Abfall & Bergbau	38	15	3	5	59	80	25	10	15	33	61	
Verarbeitendes Gewerbe	61	38	3	3	36	59	51	3	5	22	44	
Baugewerbe	34	14	3	4	63	82	24	6	8	47	68	
Handel	25	14	4	4	71	81	29	20	20	41	51	
Verkehr & Lagerei	10	12	3	3	87	85	14	8	29	69	57	
Information & Kommunikation	39	26	3	1	58	73	59	3	5	12	36	
Finanz- & Versicherungsdienstleistungen	34	13	1	1	64	85	26	4	7	49	68	
Gastgewerbe & Sonst. DL	40	19	7	7	53	74	36	12	19	33	45	
Gesundheit & Erziehung/Unterricht	18	14	2	3	80	82	47	8	8	49	45	
Wirtschaftl., wissenschaftl. u. freiberufl. DL	39	22	9	10	52	68	32	12	18	34	50	
Org. ohne Erwerbscharakter	80	88	16	7	4	6	82	10	15	2	3	
Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung	36	19	3	4	61	77	38	9	13	36	49	
Insgesamt												

Quelle: IAB-Betriebspanel 2009.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2010

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2008	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	38	10	1	0	61	90	53	12	3	4	44	84
Energie/Wasser/Abfall & Bergbau	61	26	6	7	33	67	75	49	15	24	10	28
Verarbeitendes Gewerbe	33	14	3	3	64	82	56	25	11	13	33	62
Baugewerbe	57	40	1	1	42	59	72	52	2	3	26	45
Handel	32	11	2	3	66	86	47	21	4	7	49	72
Verkehr & Lagerei	24	7	6	7	70	86	40	23	14	20	46	57
Information & Kommunikation	8	5	1	2	91	93	27	10	4	16	70	73
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	45	20	2	1	54	78	81	56	2	8	16	36
Gastgewerbe & Sonst. DL	32	12	1	2	67	86	48	25	2	7	50	68
Gesundheit & Erziehung/Unterricht	37	15	5	5	58	79	56	34	10	17	34	49
Wirtschaftl., wissenschaftl. u. freiberufl. DL	17	13	1	2	82	85	46	44	6	9	48	47
Org. ohne Erwerbscharakter	44	19	9	12	47	70	62	30	7	19	31	51
Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung	86	89	10	2	5	9	89	76	10	22	1	2
Insgesamt	34	17	2	3	64	80	56	37	7	13	37	51

Quelle: IAB-Betriebspanel 2010.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2011

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2008	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	37	8	0	3	63	90	52	15	1	5	47	79
Energie/Wasser/Abfall & Bergbau	56	24	6	9	38	67	71	48	17	30	11	22
Verarbeitendes Gewerbe	32	13	3	4	66	83	54	24	10	13	36	62
Baugewerbe	53	42	1	1	46	58	67	50	3	3	30	46
Handel	28	11	2	3	70	86	43	21	4	6	53	73
Verkehr & Lagerei	22	8	5	8	74	85	44	25	15	15	41	61
Information & Kommunikation	7	6	1	3	92	91	16	11	4	21	79	67
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	41	17	1	1	58	82	79	51	2	5	18	44
Gastgewerbe & Sonst. DL	33	12	1	4	67	84	45	24	3	7	52	68
Gesundheit & Erziehung/Unterricht	36	18	4	6	60	77	57	35	10	20	34	45
Wirtschaftl., wissenschaftl. u. freiberuf. DL	16	12	1	1	83	87	46	47	5	5	49	48
Org. ohne Erwerbscharakter	40	22	10	4	50	74	57	32	10	12	33	56
Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung	80	93	13	3	6	4	87	83	11	15	2	2
Insgesamt	32	18	2	3	66	79	54	37	7	12	39	51

Quelle: IAB-Betriebspanel 2011.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2012

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZ2008	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen-tarifvertrag		Firmen-tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	34	7	(2)	1	65	92	51	17	(2)	2	47	81
Energie/Wasser/Abfall & Bergbau	59	21	5	8	36	70	75	30	13	30	12	40
Verarbeitendes Gewerbe	33	13	2	3	65	84	54	24	10	13	36	62
Baugewerbe	57	43	1	1	41	56	70	50	2	4	28	46
Handel	28	15	2	4			42	25	5	11	53	64
Verkehr & Lagerei	25	5	4	7	71	88	44	16	15	21	41	62
Information & Kommunikation	8	1	3	3	90	95	20	10	16	17	64	72
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	44	19	1	(0)	55	81	79	64	3	(1)	19	35
Gastgewerbe & Sonst. DL	30	12	0	2	70	86	42	28	2	4	56	68
Gesundheit & Erziehung/Unterricht	35	17	4	5	62	78	55	31	8	19	37	50
Wirtschaftl., wissenschaftl. u. freiberufl. DL	15	12	1	1	84	87	46	47	5	7	49	46
Org. ohne Erwerbscharakter	38	24	12	8	49	68	57	29	10	18	33	52
Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung	85	94	10	3	5	3	87	85	11	15	1	0
Insgesamt	32	18	2	3	66	79	53	36	7	12	40	51

Quelle: IAB-Betriebspanel 2012

Werte in Klammer aufgrund geringer Fallzahl wenig belastbar.

Tarifbindung nach Wirtschaftszweig 2013

- Anteile in Prozent -

Branche lt. WZZ2008	Betriebe						Beschäftigte					
	Branchen- tarifvertrag		Firmen- tarifvertrag		Kein Tarifvertrag		Branchen- tarifvertrag		Firmen- tarifvertrag		Kein Tarifvertrag	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Landwirtschaft u.a.	34	6	(1)	2	65	92	50	14	(2)	5	48	81
Energie/Wasser/Abfall & Bergbau	62	29	6	9	32	62	75	42	15	29	10	29
Verarbeitendes Gewerbe	30	12	3	5	67	83	55	20	12	14	33	66
Baugewerbe	54	41	1	0	45	59	69	51	2	6	29	43
Handel	28	12	2	3	70	85	39	23	5	8	56	69
Verkehr & Lagerei	27	8	4	6	70	86	42	20	13	12	45	68
Information & Kommunikation	4	1	4	3	92	96	15	7	19	16	65	78
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	40	15	0	(0)	60	85	81	57	2	(0)	16	43
Gastgewerbe & Sonst. DL	26	12	1	2	74	86	40	26	3	6	57	68
Gesundheit & Erziehung/Unterricht	35	15	3	7	62	78	54	30	10	23	37	47
Wirtschaftl., wissenschaftl. u. freiberufl. DL	16	13	1	1	82	86	43	45	4	7	53	49
Org. ohne Erwerbscharakter	39	17	15	11	46	72	53	28	12	13	35	59
Öffentliche Verwaltung/Sozialversicherung	85	94	10	4	5	2	89	83	9	16	2	2
Insgesamt	30	17	2	3	67	80	52	35	8	12	40	53

Quelle: IAB-Betriebspanel 2013

Werte in Klammer aufgrund geringer Fallzahl wenig belastbar.

